



Militärmanöver der NATO

Genozid in Gaza

Die Welt brennt!



Nieder mit dem

Kapitalismus!

Zum Militärmanöver der NATO Seite 7



1. Mai damals und heute Seite 16

Tarifrunde von IGBCE & GDL

Seite 11

Gemeinsam für den Wiederaufbau einer kämpferischen Arbeiterbewegung!

**Kriegerische
Eskalation im
Nahen Osten**

Seite 2



**Palästina-
Kongress
gestürmt**

Seite 10



Schließ' dich den revolutionären Kommunisten an!

Kontakt auf Seite 1!

Kriegerische Eskalation im Nahen Osten

Der westliche Imperialismus ist verantwortlich

Internationale Revolutionäre Linke

Die Eskalation des Krieges im Nahen Osten hat nach monatelangen militärischen Provokationen des zionistischen israelischen Regimes, die von seinen Sponsoren in Washington und Brüssel geduldet wurden, einen großen Schritt vorwärts gemacht.

Der Genozid am palästinensischen Volk in Gaza, bei dem bereits mehr als 40.000 Menschen getötet wurden und in dem eine brutale Hungersnot als Kriegswaffe eingesetzt wird, wurde von Anfang an von Übergriffen der israelischen Armee im Libanon und die Westbank begleitet. Was nun aber endgültig das Interesse des Netanjahu-Regimes an der Provokation eines regionalen Krieges bewies, war der Raketenangriff auf die iranische Botschaft in Damaskus, bei dem neben der Zerstörung des Gebäudes auch mehrere iranische Soldaten getötet wurden, einschließlich eines Generals der Revolutionsgarden.

Die westlichen Imperialisten haben mit so großer Sorgfalt diese militärische Aggression gegen ein diplomatisches Gebäude im Iran verurteilt, wie sie auch keinen Finger gerührt haben, um den palästinensischen Völkermord zu verhindern und ihn weiterhin im Namen von Israels „Recht auf Selbstverteidigung“ zu rechtfertigen. Aber jetzt, da Teheran den israelischen Beschuss mit einem Angriff von Hunderten von Drohnen und Raketen in der Nacht zum 14. April sehr vorsichtig und maßvoll zurückgezahlt hat, haben alle westlichen Regierungen ihre Propagandamaschinerie eingesetzt, um den Iran ins Visier zu nehmen und im gleichen Atemzug Russland und China als Verantwortliche für diese Eskalation des Krieges zu benennen. Der Zynismus des westlichen Imperialismus kennt wirklich keine Grenzen.



Israel und seine imperialistischen Partner: Völkermord und seine Folgen

Israel könnte das Massaker in Gaza nicht ohne die direkte militärische Unterstützung der USA und der EU und ohne die operative Unterstützung, die es von der NATO erhält, durchführen. Die USA liefern jedes Jahr Waffen im Wert von 3,8 Milliarden Dollar an Israel, und ihre Hilfe ist für die Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen israelischen Luftwaffe unerlässlich. Nach Beginn des Angriffs auf Gaza hat die Biden-Regierung zwei Lieferungen von Munition für Panzer und Komponenten für die Herstellung von Haubitzen getätigt, und Deutschland hat seine früheren Lieferungen verzehnfacht, besonders zur Versorgung der zionistischen Armee mit Munition aller Art und Motoren für ihre Merkava-Panzer, die die wichtigste Waffe sind, die zur Zerstörung des Gazastreifens verwendet wird.

Man kann ohne Übertreibung sagen, dass sowohl Biden, als auch die Demokraten in den USA, als auch die deutsche Sozialdemokratie und die Grünen oder die britischen Konservativen und die Labour-Partei, ihre Hände ebenso in palästinensischem Blut tränken wie Netanjahu und seine Minister. Um die iranischen Drohnen und Raketen abzuschießen, waren US-amerikanische und britische Flugzeuge und die Unterstützung militärischer Geheimdienste beider Länder unerlässlich.

Die Beteiligung der Westmächte an dem Massaker in Gaza hat auch noch andere Dimensionen. Mit jedem Tag wird die Arroganz der Netanjahu-Regierung größer, und die bedingungslose Unterstützung der USA und der EU sendet grünes Licht an diese zionistischen Fanatiker, noch rücksichtsloser zu handeln und zu denken, dass ein regionaler Krieg nicht verkehrt wäre, um ihre kolonialistischen Ziele zu erreichen, das Groß-Israel zu errichten,

von dem sie sprechen, und die ethnische Säuberung der Palästinenser endlich zum Anschluss zu bringen.

Aber einen regionalen Krieg im Nahen Osten, an dem Nationen mit einer Militärmacht wie der des Iran beteiligt sind, der die Hisbollah militärisch aktiviert, der die Völker der arabischen Welt gegen den US-Imperialismus mobilisiert, der die jordanische Monarchie, die ägyptische Militärjunta oder das marokkanische Regime – allesamt treue Diener ihrer Herren in Washington – an die Wand stellt, ist eine Wette, die man sich zweimal überlegen sollte. Denn es wäre ein Krieg, der verheerende Auswirkungen in einer für die Weltwirtschaft wichtigen Region hätte, der die Tür zur Rezession öffnen könnte und der sich nach dem Scheitern in der Ukraine gegen seine Anstifter wenden könnte. Darüber hinaus konnte die herrschende Klasse in Europa und den USA die Massenmobilisierung der Bevölkerung gegen den Krieg im Nahen Osten kaum stoppen, was ihre politische Legitimation weiter gefährdet.

Der Niedergang der USA und ihre Schwäche auf der internationalen Bühne sind ein wichtiger destabilisierender Faktor. Der Krieg ist schrecklich, ja, schrecklich lukrativ, wie Lenin sagte, und der amerikanische und europäische militärisch-industrielle Komplex macht gute Geschäfte. Gemeint sind nicht nur die großen Dividenden, die die Monopole anhäufen werden, sondern auch die globale politische Destabilisierung, die ein Krieg dieser Art mit sich bringen würde, und ihre revolutionären Folgen in den USA, Europa und allen arabischen und ex-kolonialen Nationen.

Angesichts dieser Überlegungen ist es leicht zu verstehen, warum Biden und seine Verbündeten Netanjahu unter Druck setzen, seine Reaktion auf den Iran einzudämmen, damit das Risiko eines ausufernden Krieges gering bleibt.

Auch der Iran und seine Verbündeten, China und Russland, haben derzeit kein Interesse an einer Eskalation des Krieges. Der chinesische Imperialismus streitet mit den USA um die Hegemonie in der Weltwirtschaft, und dies führt zu einer signifikanten Verbesserung seines Einflusses und seines Gewichtes im Nahen Osten, einschließlich Israels. Es ist wenig bekannt, aber wir müssen uns bewusst sein, dass das staatskapitalistische chinesische Regi-

me zum zweitgrößten Handelspartner der zionistischen Regierung geworden ist. Seit 2021 haben die israelischen Importe chinesischer Waren jene aus den Vereinigten Staaten überholt, und trotz Pekings kritischer Rhetorik wird sich diese Beziehung weiter festigen.

Der beste Beweis für die Bereitschaft Irans, den Konflikt nicht zu eskalieren, ist die Art des Angriffs, der mit einer begrenzten Anzahl von Raketen und Drohnen durchgeführt wurde, aber vor allem auch die Aufzeichnungen, die zeigen, dass die iranische Regierung frühere Kontakte mit der Biden-Administration hatte, sowohl über die türkischen Geheimdienste als auch über die Schweizer Botschaft in Teheran, die für die Vertretung der US-Interessen im Land zuständig ist.

Dass der Iran und seine Verbündeten in Peking und Moskau kein Interesse an einem ausufernden Krieg haben, bedeutet keineswegs, dass sie bereit sind, sich stoisch in jede westliche Aggression einzupassen. Aus Gründen der inneren Ordnung kommt es nicht in Frage, nach den Volksmobilisierungen gegen die theokratische Regierung der Ayatollahs Zeichen von Schwäche zu zeigen. China und Russland können sich weder Zögern noch Untätigkeit angesichts der Aggression gegen einen ihrer wichtigsten Verbündeten leisten, insbesondere angesichts der Führung und des wachsenden Einflusses beider Mächte in den Ländern des sogenannten globalen Südens.

Seit einigen Jahren wenden sich immer mehr Länder, die einst Verbündete der USA waren, der Umlaufbahn Pekings zu, ohne jedoch ihre wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu Washington vollständig aufzukündigen. Die Niederlage der USA in Afghanistan im Sommer 2021, gefolgt vom fulminanten Zusammenbruch ihres in Kabul installierten Marionettenregimes, war eine ernsthafte Warnung, dass Washingtons imperiale Macht in eine Phase des organischen Zerfalls eingetreten ist und dass andere stärkere und nun besser zuverlässigere Beschützer gesucht werden. China ist nicht bereit, diesen wertvollen Vorteil im Bereich der internationalen Beziehungen durch Schwäche angesichts der militärischen Aggression gegen einen loyalen Verbündeten zu verwässern.

Auch wenn die imperialistischen Großmächte beider Blöcke es vorzie-

hen, die kriegerischen Spannungen in Grenzen zu halten, bedeutet dies nicht, dass ein Nachlassen des schrecklichen Genozids in Gaza zu erwarten ist.

Der Druck der zionistischen rechtsextremen Minister ist groß, und Netanjahu hätte mit einer starken innenpolitischen Reaktion auf die offensichtliche Tatsache zu rechnen, dass er nicht in der Lage war, die Übergabe der Geiseln zu erkämpfen. Den Angriff auf Gaza jetzt zu stoppen, würde bedeuten, zur innenpolitischen Situation vor dem 7. Oktober zurückzukehren, als sich die Straßen von Tel Aviv und anderen Städten Israels mit Demonstranten füllten, die seinen Sturz forderten, und als israelische Gerichte sich darauf vorbereiteten, ihn wegen schwerer Korruptionsfälle strafrechtlich zu verfolgen.

Um seine Zukunft zu sichern und vielleicht seine Inhaftierung zu vermeiden, setzt Netanjahu alles auf eine Karte, um die Aggression auf unbestimmte Zeit aufrechtzuerhalten, mit vollem Vertrauen, dass seine westlichen Beschützer ihn nicht fallen lassen werden, egal was passiert.

Das Versagen der NATO in der Ukraine ist eine unumstößliche Tatsache. Unter diesen Umständen können sich die Vereinigten Staaten die Niederlage eines so treuen und wertvollen Verbündeten wie Israel nicht einmal teilweise leisten. Die Verteidigung seiner Hegemonie als imperialistische Macht verbindet Washingtons Schicksal jenseits von punktuellen Meinungsverschiedenheiten mit dem Netanjahus.

So lassen die ersten Nachrichten über die Mobilisierung von zwei neuen Reservistenbrigaden zur Verstärkung der Gaza-Front, die im Widerspruch zu den Ankündigungen der US-Regierung über einen „Rückzug“ stehen, befürchten, dass das unmenschliche Leiden der unglücklichen Bevölkerung des Gazastreifens noch weiter zunehmen wird. Das Massaker im Al-Shifa-Krankenhaus, wo Patienten aller Altersgruppen kaltblütig in ihren Betten ermordet wurden, oder der Angriff auf eine Flüchtlingskolonne, die in den Norden des Streifens zurückkehrte und von den israelischen Behörden selbst angestiftet wurde, um sie in eine tödliche Falle zu locken, lassen erahnen, was vor uns liegt. Das Gemetzel wird weitergehen, ermutigt durch die kriminelle Komplizenschaft der westlichen „Demokratien“.

Der neue Aufstieg des Militarismus ist kein Zufall. Der Krieg gegen den inneren Feind

Dass die USA und ihre Verbündeten die unmittelbaren Folgen eines weitverbreiteten Krieges im Nahen Osten verhindern wollen, darf keinesfalls als Abkehr vom Kriegskurs oder als Versprechen auf einen Frieden interpretiert werden. Ganz im Gegenteil!

Es ist wahr, dass die Regierung der Demokraten in den USA, wie zuvor die der Republikaner, gute Gründe hat, militärische Interventionen zu vermeiden, die die Entsendung von US-Truppen in andere Teile der Welt beinhalten. Die katastrophalen Erfahrungen im Irak, in Afghanistan und in Syrien und die Schwierigkeiten, für solche Kriege Unterstützung im Inland zu gewinnen, sind enorm. Der Krieg in der Ukraine, der von Washington so leichtfertig angeregt wurde, ist eine gute Erinnerung daran, dass sich die Lage für den westlichen Imperialismus sehr verändert haben, und zwar immer zum Schlechteren.

Die Konfliktodynamik mit China und Russland ist jedoch bei weitem nicht gelöst. Die Aussicht auf einen noch erbitterteren Kampf um die Dominanz auf den Märkten, hinsichtlich strategischer Rohstoffe, Handelsrouten und der Führung einer eng verknüpften und globalisierten Weltwirtschaft steht außer Frage. Wir wollen daran erinnern, dass der NATO-Gipfel in Madrid im Juli 2022 in seinem Strategischen Konzept China als Hauptfeind bezeichnete und den Einsatz von Atomwaffen zu dessen Abwehr nicht ausschloss.

In den fast zwei Jahren seit diesem Gipfel hat sich die Niederlage der USA in ihrem Wirtschaftskrieg mit China immer weiter vertieft. Zunächst scheiterten Trumps Maßnahmen zur Verhängung weiterer Zölle und Handelsanktionen, was zu einem Verlust an Wachstumskapazität für die US-Wirtschaft führte. Die von Biden geförderten Maßnahmen sind ebenfalls gescheitert, die zwar durchdachter und selektiver als die von Trump sind, aber nicht nur die Expansion Chinas nicht aufhalten konnten, sondern auch nicht die Russlands, das für ein Land, das sich im Krieg befindet und Sanktionen unterworfen ist, eine unvorstellbar gute Wirtschaftslage aufweist.

Noch dazu sind die jüngsten Besuche großer US-Kapitalisten wie Tim

Cook, CEO von Apple, in Peking und die Anwesenheit der Vorsitzenden des Investmentfonds Blackstone oder des großen Halbleiterherstellers Qualcomm auf dem jüngsten Wirtschaftsgipfel am 27. März, zu dem Xi Jinping eingeladen hatte, untrügliche Anzeichen dafür, dass der imperialistische Apparat der USA gegenüber China und seinen Verbündeten an Boden verliert, so sehr sie sich auch das Gegenteil wünschen.

Wie die Situation in der Ukraine gezeigt hat, gehen die wirtschaftliche und industrielle Schwäche der USA und der EU Hand in Hand mit der Schwächung ihrer militärischen Fähigkeiten. Doch die herrschende Klasse der USA wird trotz ihrer taktischen Spaltung ihre hegemoniale Rolle in der Welt nicht kleinlaut aufgeben. Deshalb sind ihre Pläne darauf ausgerichtet, größere militärische Zusammenstöße vorerst zu verschieben und gleichzeitig an einer seit den Jahren des Kalten Krieges beispiellosen Aufrüstungskampagne zu arbeiten, die sie in die Lage versetzt, ihre Unterlegenheit zu überwinden.

Nach dem iranischen Angriff versucht Biden im US-Kongress grünes Licht für ein Militärpaket in Höhe von 95 Milliarden Dollar für Israel und die Ukraine zu bekommen, was seit Monaten am Widerstand der Republikaner scheitert. Trotz des unaufhaltsamen Sieges Russlands versucht Biden, das militärische Potenzial des Landes so weit wie möglich zu schwächen, selbst auf Kosten des Lebens Zehntausender ukrainischer und russischer Wehrpflichtiger. Dabei versucht er, die negativen Auswirkungen zu vermeiden, die eine völlige Niederlage Selenskyjs auf die Präsidentschaftswahlen im November dieses Jahres haben würde.

Neben der wirtschaftlichen Schwäche gibt es einen noch wichtigeren politischen Faktor, der die Pläne zur militärischen Aufrüstung, die Eskalation der Repression im Inneren und die Verabschiedung autoritärer Ausnahmegesetze, die die demokratischen Rechte beschneiden, vorantreibt. Und dieser Faktor ist die Angst vor Volksaufständen in den arabischen Ländern, die Mobilisierungen in den USA und Europa gegen den zionistischen Völkermord, und die offensichtlichen Auswirkungen auf die soziale Polarisierung, die die von den kapitalistischen Regierungen auferlegten sozialen Kürzungen haben. Der innere Feind, d.h. die Ar-

beiterklasse und die Jugend, wird ins Visier genommen. Die Bourgeoisie bereitet sich darauf vor, im Fall sozialer Umwälzungen gewaltsam zu reagieren.

Mit den Kriegstrommeln, die die europäischen Regierungen seit Monaten schlagen und mit dem Schreckgespenst der „russischen Bedrohung“, versuchen sie, ein Klima der Hysterie zu schaffen, das es ihnen ermöglicht, diese militaristischen Pläne zu rechtfertigen.

Natürlich gibt es Aufrüstung nicht zum Nulltarif. Die Mittel, die die EU in die Rüstung investiert, 240 Milliarden im Jahr 2022 – 6 % mehr als im Jahr 2021 –, 280 Milliarden im Jahr 2023 und die für dieses Jahr geplanten 350 Milliarden, werden durch Kürzungen der Sozialausgaben aufgebracht. Und bei dieser Aufgabe ist die Sozialdemokratie federführend, ob in Deutschland oder im spanischen Staat.

Die Besitzenden des Kriegsgeschäfts reiben sich die Hände. Die neun großen amerikanischen und europäischen Rüstungskonzerne bereiten sich auf ein profitreiches Jahr 2024 mit einem erwarteten Umsatz von 312,8 Milliarden Euro vor. Diese Gewinne werden um den Preis erzielt, dass die Arbeiterklasse immer mehr ausgepresst wird und die Bedingungen für eine Zukunft des Krieges und der Repression gegen all jene vorbereitet werden, die es wagen, sich gegen die Herrschaft des Großkapitals aufzulehnen.

Aber die Ausbreitung des Szenarios des Grauens und der Verwüstung, das wir heute in Gaza sehen, ist kein unausweichliches Schicksal. In unseren Händen liegt die Fähigkeit, dieses faulige System, das für die große Mehrheit nur unerträgliches Leid bereithält, ein für alle Mal zu zerstören. Die Bedingung ist, dass wir uns organisieren, um für das Programm des revolutionären Kommunismus und Internationalismus zu kämpfen.

- **Nicht ein Euro, nicht eine Kugel, nicht ein Soldat für den imperialistischen Krieg!**
- **Für den Sturz des zionistischen Staates, für eine Sozialistische Föderation im Nahen Osten!**
- **Gegen Militarismus und Aufrüstung! Keine Unterstützung für die kapitalistischen Regierungen und die pro-NATO Sozialdemokratie!**
- **Gegen den Krieg der Kapitalisten, für die sozialistische Revolution!**

Dialektik und Natur

Neue Entdeckungen über die Entwicklung des Sonnensystems bestätigen die Thesen des dialektischen Materialismus

Carlos Rodríguez

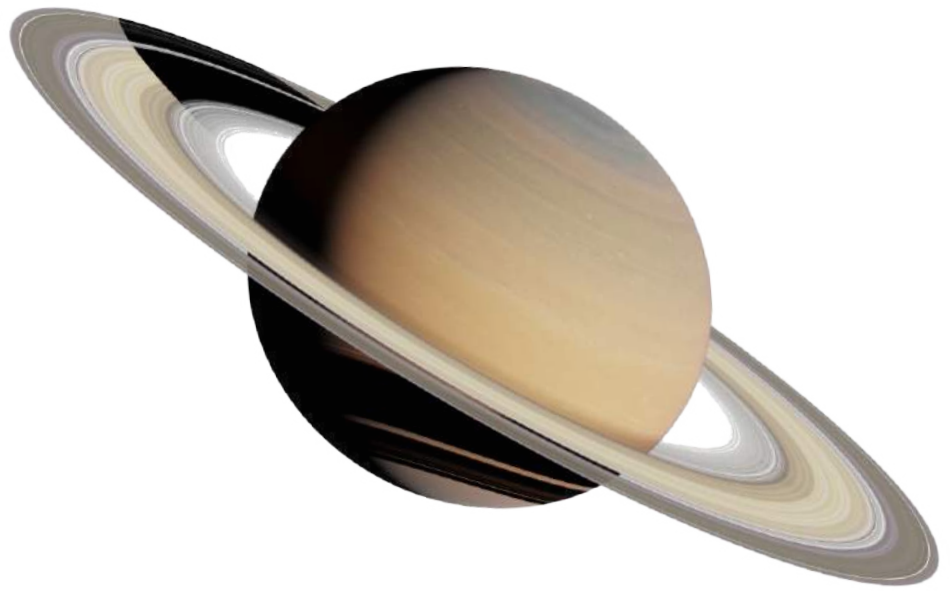
Die Entdeckung eines Ozeans auf dem Saturnmond Mimas, der erst vor kurzem entstanden ist (zwischen 100 und 25 Millionen Jahre alt), hat große Auswirkungen auf die Geschichte des Sonnensystems.

Wissenschaftliche Untersuchungen gehen davon aus, dass das Sonnensystem etwa 4,6 Milliarden Jahre alt ist. Bis vor wenigen Jahrzehnten war die Betrachtung der Geschichte des Sonnensystems, d.h. von der Entstehung der Planeten bis heute, von dem Vorurteil geprägt, dass seit seiner Entstehung keine größeren Veränderungen stattgefunden hätten. Nach der vorherrschenden Meinung sind die Planeten und Satelliten seit dieser fernen Epoche in ihren Bahnen verblieben, ohne dass es bis zum heutigen Tag zu nennenswerten Veränderungen gekommen wäre. Die Studien der letzten Jahre haben diese Vorstellung jedoch in Frage gestellt.

Statisches Konzept versus materialistische Dialektik. Der Ursprung des Sonnensystems

In Teilen der wissenschaftlichen Gemeinde herrscht eine Auffassung, die die Natur und die Astronomie als feststehend und unveränderlich ansieht. Dieser im 19. Jahrhundert vorherrschende Ansatz wurde von Friedrich Engels in seinem Text *Dialektik der Natur* zu Recht kritisiert:

„So hoch die Naturwissenschaft der ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts über dem griechischen Altertum stand [...], so tief stand sie unter ihm in der ideellen Bewältigung desselben, in der allgemeinen Naturanschauung. Den griechischen Philosophen war die



Welt wesentlich etwas aus dem Chaos Hervorgegangenes, etwas Entwickeltes, etwas Gewordenes. Den Naturforschern der Periode, die wir behandeln, war sie etwas Verknöchertes, etwas Unwandelbares, den meisten etwas mit einem Schläge Gemachtes.“ (MEW, Bd. 20, S. 315)

Diese Kritik ist auch heute noch gültig, wo jede Entdeckung über das Universum statische und mechanische Vorstellungen erschüttert.

Bis Ende der 1970er Jahre waren sich die Astrophysiker über den Ursprung des Sonnensystems nicht im Klaren, und es wurden zwei grundlegende Hypothesen aufgestellt. Die erste war die des Laplace-Kant'schen planetarischen Nebels, die besagte, dass die Planeten aus einer Gas- und Staubwolke entstanden seien. Engels war von dieser Erklärung begeistert, weil sie die Entstehung des Sonnensystems als Prozess verstand und nicht als Ergebnis eines einzigen Knalls oder Impulses:

„Die erste Bresche in diese versteinerte Naturanschauung wurde geschossen nicht durch einen Naturforscher, sondern durch einen Philosophen. 1755 erschien Kants »Allgemeine Naturgeschichte und Theorie des Himmels«. Die Frage nach dem ersten Anstoß war beseitigt; die Erde und das ganze Sonnensystem erschienen als etwas im Verlauf der Zeit Gewordenes. Hätte die große Mehrzahl der Naturforscher weniger von dem Abscheu vor dem Denken gehabt, den Newton mit der Warnung ausspricht: Physik, hüte dich vor der Metaphysik! – sie hätten aus dieser einen genialen Entdeckung Kants Folgerungen ziehn müssen, die ihnen endlose Abwege [...] ersparte.“ (MEW, Bd. 20, S. 316 f.)

Trotz der Ergebnisse, die zu Engels' Zeiten der Hypothese des planetarischen Nebels zum Sieg verhalfen, stieß diese Hypothese in den folgenden Jahren auf enorme Schwierigkeiten, als die Physiker versuchten herauszu-

finden, wie sich der Nebel in eine flache Scheibe verwandelte, aus der Protoplaneten entstanden wären.

Die Wissenschaftler kamen zum Schluss, dass die Abflachung der Wolke zu einer Scheibe unmöglich war, da dies gegen den Drehimpulserhaltungssatz verstieß. Deshalb herrschte fast 100 Jahre lang die „Einfangtheorie“ vor, nach der ein Planet oder Stern nahe an der Sonne vorbeigezogen ist und durch ihre Anziehungskraft Fragmente des Sterns abgelöst hat, die, von der Schwerkraft der Sonne eingefangen, die heutigen Planeten entstehen ließen.

Erst in den späten 1970er Jahren, mit dem Aufkommen rechenstarker Computer, wurde die Nebeltheorie erneut bestätigt. Neue Berechnungen, die die Bewegung des Staubes des frühen Nebels simulierten, ermöglichten die Feststellung, dass der Drehimpulserhaltungssatz nicht verletzt wurde.

Der endgültige Beweis für die Nebelhypothese wurde 2014 erbracht, als das Hubble-Weltraumteleskop ein sich bildendes Sonnensystem fotografieren konnte, das aus einer Staubscheibe bestand, in der sich Protoplaneten drehten, die bei ihrer Rotation Material einfangen. Seitdem wurden Dutzende ähnlicher Sonnensysteme, die sich aus Nebeln bilden, entdeckt.

Eine Frühzeit voller Katastrophen

Der Einsatz leistungsfähiger Computer zur Durchführung von Simulationen hat große Sprünge im Verständnis des Sonnensystems ermöglicht. Eine der größten Überraschungen dieser Studien ist, dass die Planeten – Merkur, Venus, Erde, Mars, Jupiter, Saturn, Uranus und Neptun – nicht immer in der heutigen Form existiert haben. Auch die Positionen der Planeten waren nicht dieselben.

Am Anfang gab es Merkur, Venus, Erde und Mars nicht, sondern nur die vier Gasriesen Jupiter, Saturn, Uranus und Neptun, aber nicht einmal in dieser Reihenfolge: bis 300 Millionen Jahre nach ihrer Entstehung war die Reihenfolge Saturn, Jupiter, Uranus und Neptun. Genau zu dieser Zeit fand ein Kataklysmus statt, der die Planeten in ihre heutige Position versetzte; die inneren Planeten entstanden und der Asteroidengürtel bildete sich zwischen Mars und Jupiter.

Weit entfernt von einer mechanischen oder statischen Vorstellung des

Sonnensystems haben wir eine dynamischere und dialektische Vorstellung, die von einem Prozess von Veränderungen ausgeht, statt plötzlich zu entstehen. Wie es auch Engels in seinen Schriften annahm, weist der Mathematiker Ian Stewart in seinem Buch *The Mathematics of the Cosmos* darauf hin:

„Anfänglich führten seine (Newtons) Erfolge zu einer Auffassung vom Kosmos als einem Uhrwerk-Universum, in dem alles majestätisch den zu Beginn der Schöpfung festgelegten Bahnen folgte. [...] In der europäischen Religion war es undenkbar, dass Gottes perfekte Schöpfung in der Vergangenheit anders gewesen sein könnte. Die mechanische Sichtweise eines regelmäßigen und vorhersehbaren Kosmos hielt sich 300 Jahre lang.“

Aber das ist vorbei. Jüngste Innovationen in der Mathematik, wie die Chaostheorie, haben [...] unsere Sicht auf den Kosmos stark verändert. Das Uhrwerkmodell des Sonnensystems ist für kurze Zeiträume immer noch gültig, und in der Astronomie ist eine Million Jahre in der Regel kurz, aber unser kosmischer Hinterhof wird jetzt als ein Ort gesehen, an dem Himmelskörper von einer Umlaufbahn zur anderen wandern. Ja, es gibt lange Zeiträume mit regelmäßigem Verhalten, aber von Zeit zu Zeit werden sie von wilden Ausbrüchen unterbrochen.

Die unveränderlichen Gesetze, die zur Vorstellung eines Uhrwerk-Universums geführt haben, können auch plötzliche Veränderungen und ein sehr sprunghaftes Verhalten hervorrufen. Die Szenarien, die sich die Astronomen heute ausmalen, sind oft dramatisch. Bei der Entstehung des Sonnensystems zum Beispiel kollidierten ganze Himmelskörper mit apokalyptischen Folgen. Eines Tages in ferner Zukunft werden sie dies wahrscheinlich wieder tun.“

Der Satellit Mimas und sein Ozean

Vor Jahrzehnten war es unvorstellbar, dass es unter der Kruste der Satelliten von Jupiter und Saturn Ozeane geben könnte. Kürzlich wurde jedoch festgestellt, dass Mimas, der Satellit des Planeten Saturn, einen Ozean aus flüssigem Wasser unter einer etwa 30 km dicken Kruste haben muss. Diese Schlussfolgerung ist nicht das Ergebnis einer Beobachtung, sondern die

Existenz eines solchen flüssigen Ozeans ist die beste Hypothese, die derzeit die Umlaufbahn des Satelliten erklären kann.

Wie ist es möglich, dass Mimas bei den niedrigen Temperaturen auf dem Saturn, wo das Sonnenlicht ihn kaum erwärmt, einen Ozean aus flüssigem Wasser besitzt? Die Erklärung liegt in einem Phänomen, das als Gezeitenerwärmung bezeichnet wird: Die Anziehungskraft des Saturns und seine Gezeitenreibung mit der äußeren Kruste des Satelliten erzeugen genügend Reibungswärme, um das Eis zu schmelzen und es im Inneren des Satelliten flüssig zu machen.

Eine weitere spektakuläre Tatsache ist, dass das Alter des Ozeans auf 25 bis 100 Millionen Jahre geschätzt wird, was auf der menschlichen Skala zwar eine lange Zeit ist, auf der Zeitskala des Sonnensystems jedoch die Gegenwart darstellt. Hinzu kommt, dass der Mimas-Satellit selbst kaum 100 Millionen Jahre alt sein dürfte, so dass die Entstehung von Planetensatelliten und damit die Geschichte und Entwicklung des Sonnensystems weitergeht und nicht starr und unveränderlich bleibt.

Die Autoren der Forschungsarbeiten, die zu diesen Schlussfolgerungen geführt haben, weisen darauf hin:

„Für Lainey ist das merkwürdige Gleichgewicht des Saturnsystems zwischen Ordnung und Chaos sinnbildlich für diese größere Wahrheit: ‚Das System entwickelt sich ständig‘, behauptet er, von der fernen Vergangenheit bis zur Gegenwart. Auf diese Weise sind alle diese astronomischen Entdeckungen nicht nur eine Angelegenheit der Vergangenheit, sondern der Gegenwart.“

All diese astronomischen Entdeckungen bestätigen Engels Thesen gegen diese „versteinerte Naturanschauung“ und bieten uns das Bild eines Sonnensystems, das sich in ständiger Veränderung befand und befindet, mit sonnenfernen Wasserwelten, die (im Hinblick auf die Geschichte des Kosmos) erst vor kurzem entstanden sind, das auch Perioden katastrophaler Veränderungen durchlaufen hat und durchlaufen wird, die nicht allein das Ergebnis äußerer Faktoren des Sonnensystems waren, sondern eine Folge seiner eigenen allmählichen und ungleichmäßigen inneren Entwicklung. Was für eine großartige Bestätigung des dialektischen Materialismus!

Zum 75. Geburtstag der NATO bereitet sich die Bundeswehr auf einen großen Krieg vor

Katharina Doll

Vor 75 Jahren wurde die NATO, damals eine Allianz zur Bekämpfung der Sowjetunion, zeitgleich zur Gründung der BRD und unter Einbezug hoher Funktionäre des ehemaligen NS-Reiches gegründet. Die BRD war von Anfang an ein entscheidender Schauplatz zum Aufbau der NATO und zur Festigung der US-amerikanischen Vorherrschaft auf dem Planeten. Im Rahmen der Operation Paperclip wurden hochrangige Nazis rehabilitiert und spielten eine führende Rolle im Aufbau der NATO-Militärstrukturen – unter ihnen Adolf Heusinger, einer von Hitlers renommiertesten Offizieren, der bis in die 1960er Jahre hinein dem NATO-Militärausschuss vorstand. Mit ihrer Hilfe wurde die NATO mit dem vorrangigen Ziel aufgebaut, ein militärisches Bollwerk gegen die Sowjetunion zu bilden und mögliche Aufstände im Rest Europas zu unterdrücken.

Und nun, 75 Jahre später, hat sich irgendetwas am reaktionären Charakter der NATO geändert? Pünktlich zum Geburtstag des Bündnisses wird mit der Operation Steadfast Defender das größte Manöver seit Zusammenbruch der Sowjetunion abgehalten – eine Operation, an der 90.000 Soldaten aus 32 Ländern beteiligt sind, darunter 12.000 deutsche Soldaten.

Deutschland wird der Dreh- und Angelpunkt des Militärmanövers sein, das ansonsten auf dem Gebiet von Norwegen, Polen, Litauen, Ungarn und Rumänien stattfindet. Damit sind Stead-

fast Defender und Quadriga 2024 (eine Reihe von vier Übungen, durch die sich die deutsche Bundeswehr beteiligt) ein weiterer Schritt in der Eskalationspolitik Washingtons und der NATO gegenüber Russland und dem russisch-chinesischen Block.

Deutschland soll der Dreh- und Angelpunkt in der Eskalation mit Russland werden

Kern des Quadriga 2024-Manövers ist die Übung eines Krieges mit Russland, der sich über den Nordosten Europas erstreckt. Im Februar und März wurde die deutsche Gebirgsjägerbrigade 23 mithilfe von schwerem Gerät nach Norwegen verlegt, um dort Gefechte in arktischer Kälte zu üben. Bis April kam es zu Trainings von Panzerbataillonen und Feldjägerregimenten in Polen und Litauen und bis Ende Mai soll es zu weiteren Verlegungen und Übungen von Einheiten der Bundeswehr in Rumänien, Ungarn und Litauen kommen.

Steadfast Defender verdeutlicht die zentrale Rolle, welche die Strategie der NATO für Deutschland im Fall einer weiteren Eskalation mit Russland vorsieht. Deutschland ist der Dreh- und Angelpunkt für Truppenverlegungen der NATO nach Osteuropa. In Deutschland befinden sich 19 Militärbasen der USA, weit mehr als in allen anderen EU-Ländern. Die Bundeswehr führt eine der vier multinationalen Kampftruppen an der NATO-Ostflanke in Litauen, wo nun auch 4.800 deutsche Soldaten stationiert werden sollen – die

größte dauerhafte Stationierung deutscher Soldaten im Ausland in der Geschichte der Bundeswehr.

Weitere Provokationen in Richtung Moskau

Diese Schritte sind ein weiterer Ausdruck des expansiven Voranschreitens der NATO in Osteuropa. Im Zuge der NATO-Osterweiterung wurden bereits 14 osteuropäische Länder Teil des nordatlantischen Bündnisses. Berücksichtigt man die Beitrittspläne Georgiens und der Ukraine, so grenzen NATO-Partner heute nahezu vollständig an die russische Westgrenze. In Polen und Rumänien stehen US-amerikanische Raketenabwehrsysteme. Nahezu alle Meerzungen im Westen werden oder werden potenziell von NATO-Mitgliedstaaten kontrolliert. Nichts erinnert noch an die Beteuerungen des US-amerikanischen Außenministers Baker, der 1990 Michail Gorbatschow versicherte, die NATO würde sich „nicht einen Zentimeter ostwärts“ bewegen.

Das ist die Situation, die zum russischen Einmarsch in die Ukraine geführt hat. Es bringt wenig, die Frage aufzuwerfen, wer den ersten Schuss gemacht hat, um zu erkennen, wer ein Interesse am Krieg hat – auch wenn die Karten des Westens schlecht stehen, und ein viertes Kriegsjahr wohl nicht zu erwarten ist, wurde erst im Januar bekannt, dass die westlichen Großmächte sich auf einem Treffen in Riad erneut gegen Verhandlungen mit Russland aussprachen.

Besonders für Washington ist der Krieg in der Ukraine aus drei zentralen Gründen von großer Bedeutung: Das Vorranschieben des Ostens im Kampf um weltweite Handelsrouten und Einflussgebiete aufzuhalten, an Russland und China verlorene europäische Märkte zurückzugewinnen und um die stärksten imperialistischen Mächte der Europäischen Union – Deutschland und Frankreich – zu zwingen, sich der Strategie Washingtons für Europa unterzuordnen. Eine Niederlage des Westens im Ukrainekrieg wäre ein weiteres, deutliches Signal für seine Schwäche und ein weiterer Schritt in einer unaufhaltsamen Abwärtsdynamik.

Die Bundeswehr bereitet sich auf einen Weltkrieg vor

Das Gesamtbild, das deutlich wird, haben wir bereits in einem Artikel über das „Strategische Konzept“ der NATO im Juli 2022 analysiert: Die NATO bereitet sich auf einen Weltkrieg und Bürgerkriege in ihren Einflusszonen vor. Wie oben beschrieben ist Deutschland ein wichtiger Baustein in diesen Perspektiven.

Auch die Bundeswehr nimmt kein Blatt mehr vor den Mund, wenn es um einen Krieg mit Russland geht. Im Bezug auf das Quadriga-Manöver heißt es auf ihrer Seite:

„Ein großangelegter Angriff auf die NATO-Länder in Europa ist nicht nur ein militärstrategisches Gedankenspiel, sondern scheint zumindest nicht ausgeschlossen.“

Das ist das Szenario auf das sich die deutsche Bundeswehr vorbereitet, und es erklärt das Ausmaß der geplanten Armeeumformungen. Dabei sollen, wie Boris Pistorius es am 4. April ankündigte, die Hierarchien der Bundeswehr zentralisiert und alle Dimensionen der Kriegsführung – Operationen an Land, im Luft- und Weltraum, zu See und im Cyberspace – gemäß der US- und NATO-Doktrin Multi-Domain-Operations,



die für zukünftige Großmachtspiele konzipiert wurde, eng miteinander verzahnt werden.

Die Reformen der Bundeswehr sind keine Kleinigkeit, sondern eine grundlegende und qualitative Zunahme der deutschen Rüstungsanstrengungen. Vergleicht man die Bundeswehr vor wenigen Jahren mit dem Heer, das den deutschen Herrschenden für das kommende Jahrzehnt vorschwebt, sind auf verschiedenen Ebenen qualitative Sprünge erkennbar: Die Militärausgaben wurden mit 72 Milliarden erstmalig auf das 2%-Ziel angehoben; folgt man Pistorius, sollen daraus aber 3 bis 3,5 % werden. An der Öffentlichkeit findet eine Diskussion statt, ob Deutschland nicht vergleichbar mit anderen NATO-Partnern wie Frankreich eigene Atomwaffen benötige. Nicht nur wird eine Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert, es wird auch über die erweiterte Aufnahme von Migranten in die deutsche Armee verhandelt, um das stehende Heer qualitativ zu vergrößern. Ziel ist es, die deutschen Militärausgaben zu den drittgrößten der Welt zu machen.

Unter der vermeintlichen „historischen Fortschrittskoalition“ mit ihrer „feministischen Außenpolitik“ von SPD, FDP und Grünen soll die Bundeswehr zur größten und bestgerüsteten Truppe der Europäischen Union werden, und bereitet einen großangelegten Krieg mit Russland vor. Das ist die einfache Realität hinter den Phrasen über

den „Einsatz für Frieden, Freiheit und Menschenrechte“ der Ampelkoalition.

Der deutsche Imperialismus verfolgt seine eigenen chauvinistischen Interessen

Dass sich die deutschen Anstrengungen zum Aufbau der Bundeswehr auf einen „Verteidigungsfall“ gegen Russland beschränken ist eine Lüge. In Wirklichkeit geht es um einen Prozess der überregionalen Neuordnung, der den ganzen Planeten umfasst, und vom Aufstieg Chinas als zukünftige imperialistische Weltmacht befeuert wird.

Der im Februar getroffene Beschluss zur Entsendung von bis zu 700 Soldatinnen und Soldaten ins Rote Meer – 4.182 Kilometer von Berlin entfernt –, wo Vertreter der Huthi im Jemen kürzlich Abkommen zur sicheren Durchreise mit Russland und China geschlossen haben, verdeutlicht diese Einschätzung, und auch die verzweigte westliche Unterstützung für den Genozid in Gaza muss vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Auch dem deutschen Kapitalismus wurden mit dem Aufstieg Chinas wichtige Einflusszonen strittig gemacht. Sieht man auf den Balkan, wo deutsche Konzerne insgesamt rund 4 Milliarden Euro investiert haben, so fallen immer häufiger wichtige Infrastrukturprojekte in der Region wie die Adria-Brücke nach Pelješac in chinesi-

sche Hände und China hat seinen Einfluss durch die 14+1-Gipfel, an denen 14 osteuropäische Staaten beteiligt sind, deutlich ausgebaut.

Doch auch die Unterordnung Deutschlands unter die globale Strategie des US-Imperialismus im Fall des Ukrainekrieges ist dem deutschen Imperialismus teuer zu stehen gekommen. Nicht nur hat kein anderer europäischer Kapitalismus derartig unter dem Wirtschaftskrieg mit Russland gelitten wie das auf einen starken industriellen Sektor und enge Verbindungen mit Russland und China basierende Deutschland. Auch haben die USA mit ihrer Strategie der Eskalation und Weiterführung des Krieges in der Ukraine ein Kerninteresse des deutschen Imperialismus – Stabilität in Europa – zum Spielball ihrer Interessen gemacht.

Es wäre völlig falsch davon auszugehen, dass die deutschen Kapitalisten nichts als „Handlanger“ des US-amerikanischen Kapitalismus sind. In Wirklichkeit ist der deutschen herrschenden Klasse völlig klar, dass es in einer Phase des Todeskampfes des US-Imperialismus mit China gilt, mit aller Kraft die eigenen Interessen zu verteidigen.

Die Bündnispolitik der deutschen Bourgeoisie ist vor diesem Hintergrund nur eine momentane Strategie, aber auch eine Veränderung in die ein oder andere Richtung wird die allgemeine Dynamik des heutigen Kapitalismus – einen aggressiven Krieg, in dem jede Großmacht ihre egoistischen Interessen verteidigt und den die Arbeiterklasse und den Armen teuer bezahlen werden – nicht ändern. Eine Lehre für all die Teile der Friedensbewegung, die mit der politischen Rechten kokettieren, der pro-kapitalistischen „Friedensrhetorik“ der AfD nichts entgegensetzen und eine Hinwendung zu Russland und China als „Lösung“ präsentieren.

Die Rolle der deutschen Militärmaschinerie in der Welt

Auch hinter der Erzählung des deutschen Kapitals von der deutschen Armee und Rüstungsindustrie als schwach und schlecht ausgerüstet steckt viel Propaganda.

Mit 135.000 Arbeitern und über 30 Milliarden jährlichem Umsatz ist die deutsche Rüstungsproduktion eine der mächtigsten der Welt. Alleine Rheinmetall ist in der Lage „bis zu 450.000

Schuss schwere Artilleriegranaten pro Jahr zu produzieren – eine entscheidende Fähigkeit selbst in einem Krieg des 21. Jahrhunderts“.

Die Kriege in der Ukraine und dem Gazastreifen haben der deutschen Rüstungsindustrie einen Schub versetzt: Im vergangenen Jahr genehmigte die deutsche Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von 12,2 Milliarden Euro – 46 Prozent mehr als im Vorjahr. Das deutsche Militärbudget ist heute das siebtgrößte der Welt, und das größte der Europäischen Union. Finanziert werden wird es durch weitere harte Einschnitte im Sozialwesen – und das alles unter einer Regierung von SPD und Grünen.

Damit ist Deutschland eines der wichtigsten Waffenarsenale des NATO-Blocks, ohne das die Kriegsverbrechen des Westens unmöglich wären. Die Times of Israel berichtete, dass 99% der Waffenexporte an Israel allein aus Deutschland und den USA stammen. Der israelische Merkava-Panzer ist mit etlichen Produkten der deutschen Rüstungsindustrie ausgestattet: Seine Motoren stammen von MTU mit Sitz in Friedrichshafen, seine Getriebe von der bayerischen Renk AG seine 120-mm-Glatrohr-Kanone von Rheinmetall. Wenn wir davon sprechen, dass die deutschen Kapitalisten die Handlanger des Genozids sind, dann ist das keine leere Propaganda. Palästinensische Kinder sterben durch die Hände deutscher Kapitalisten und Waffenproduzenten.

Für den Kapitalismus wiederum ist der Krieg ein goldenes Geschäft. Das Ergebnis je Aktie von Rheinmetall (unverwässert und nach Steuern) lag 2021 bei 6,72 Euro und 2023 bei 12,32 Euro pro Aktie.

Die vereinte Aktion der Arbeiterklasse und ihr Kampf um Sozialismus sind der einzige Ausweg aus dem Krieg, in den uns der internationale Imperialismus führen will

Wir haben sie in den vergangenen Monaten zur Genüge gehört: Beschwichtigungen der Reformisten, die beteuern, man müsse nur auf Friedensverhandlungen der Vereinten Nationen hoffen, um den Krieg zu beenden; oder auch die „einfache Antwort“, sich Russland und China anzuschließen, um den Aggressionen des westlichen Imperialismus zu trotzen.

Was haben diese leeren Versprechungen den 40.000 Menschen genützt, die in Gaza ermordet wurden? Was haben die vielen Friedensverhandlungen genützt, die von den Herrschenden ohne Wimpernzucken über den Haufen geworfen wurden, um einen zerstörerischen Krieg in der Ukraine um Einflusszonen und Profite zu beginnen? Nichts!

Das alles hat der Arbeiterklasse nur eines gezeigt, und zwar, dass es unmöglich ist, einen Krieg an einem Tisch mit denjenigen zu beenden, die ein Interesse am Krieg haben.

Reformistische Formationen wie die LINKE oder das Bündnis Sahara Wagenknecht haben im Angesicht des imperialistischen Krieges allesamt ihren völligen Bankrott bewiesen – DIE LINKE, indem sie den zionistischen Völkermord in Gaza unterstützt und sich der Kriegsrhetorik der NATO in der Ukraine unterworfen hat; das BSW, indem es völlige Illusionen in den russischen Imperialismus schürt. Diese Linke ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems!

Die Natur der derzeitigen Kriege ist die eines interimperialistischen Kampfes, in dem chauvinistische Großmächte um Einflusszonen und Profite kämpfen. Für die Arbeiterklasse ist es keine Verbesserung, sich von der einen oder anderen Großmacht auf die Schlachtbank führen zu lassen.

In Wirklichkeit hat uns auch der Genozid in Gaza keinen Hinweis auf den „Friedenswillen“ der Herrschenden gegeben. Während sie an der Macht sind, mag die UN zwar leere Worte verabschieden, aber 40.000 Menschen wurden direkt vor den Augen der Weltöffentlichkeit abgeschlachtet. Nur die Arbeiterklasse und Jugend der Welt, die die Straßen etlicher Länder gegen den Genozid in Gaza gefüllt hat, kann den Krieg beenden.

Die Reformisten sagen, wir sollten heute nur für einen Waffenstillstand kämpfen, damit wir morgen für Sozialismus kämpfen können. Die Realität hat uns gelehrt, dass die Dinge ganz anders stehen: Der Kampf um die Niederlage der herrschenden kapitalistischen Klasse und für den Sozialismus, und der Kampf gegen den Krieg sind ein und dieselbe Sache, und können nur gemeinsam gewonnen werden.

Nur das Volk kann das Volk befreien!

Johanna Bahr

Es waren Szenen, die so auf deutschen Straßen lange nicht mehr gesehen wurden: Jüdinnen und Juden mit der Kippa, ebenso wie andere Migrantinnen und Migranten, die gemeinsam mit allen anderen Kriegsgegnern unterschiedslos von der deutschen Polizei traktiert, geprügelt und verhaftet wurden. Die heftigen polizeilichen Übergriffe, die Überschreitungen des bürgerlichen Rechts und die vielen Repressionen gegen den Palästina-Kongress am 12. bis 14. April in Berlin zeigen ein neues Maß an Repression gegen die palästinensische Bewegung in Deutschland an, und machen deutlich, worauf sich Kriegsgegner in Deutschland einstellen müssen.

Seit dem Beginn des Konfliktes im Nahen Osten kommt es auch in Deutschland immer wieder zu Repressionen gegenüber denen, die den israelischen Staat und den von ihm begangenen Völkermord an der Bevölkerung Palästinas kritisieren. Besonders jetzt im Zuge des Palästina-Kongresses, der vom 12. bis zum 14. April in Berlin stattfinden sollte, zeigt sich wieder einmal, wie der deutsche Staat versucht auch hier Gegenstimmen gezielt zum Schweigen zu bringen.

Schon im Vorfeld des Kongresses – am 25.03.2024 – wurde unter dem Vorwand einer Legitimationsprüfung das Konto der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ bei der Berliner Sparkasse, die ihre Konten dem Kongress zur Verfügung gestellt hatte, mit sofortiger Wirkung gesperrt.

Im Zuge dieser angeblichen Legitimationsprüfung wurde neben anderen Vereinsunterlagen eine Liste aller Mitglieder mitsamt deren Namen und Adressen eingefordert. Somit zeigt sich, dass das rechtswidrige Einfrieren der Konten nichts weiter als ein weiterer Schritt zur Einschüchterung und Illegalisierung des Widerstandes gegen den Völkermord in Gaza ist, der zunehmend auch in Deutschland lebende Juden trifft.

Jüdisch sein ist in Deutschland nur so lange erlaubt, solange man nicht für den Frieden mit den Palästinensern eintritt. Diejenigen, die diese Politik betreiben, sind die wahren Antisemiten.

Schon vor wenigen Monaten wurde ein jüdischer Tourguide vom Jüdischen Museum in Berlin gekündigt, weil er Israel als Apartheidsstaat bezeichnete.



Kriminalisierung von Palästina-Kongress

Anti-palästinensische Repression erreicht neues Niveau

Auch im Saarland wurde die Ausstellung der jüdisch-afrikanischen Künstlerin Candice Breitz abgesagt, da sie sich der israelischen Regierung gegenüber kritisch äußerte und das Leben palästinensischer und israelischer Kinder als gleichwertig bezeichnete.

Weiterhin wurde der Kongress, der sich das Motto „Wir klagen an“ gesetzt hatte, schon vor Beginn in die antisemitische Ecke gedrängt und Antizionismus mit Antisemitismus gleichgesetzt. Unter dem Vorwand eines völlig verzerrten Antisemitismusbegriffs, mit dem jeder belegt wird, der sich der Politik des israelischen Staates widersetzt, wurde erneut systematisch gegen jeden Gegner des Genozids an den Palästinensern vorgegangen.

Noch dazu wurden im Vorfeld des Kongresses potenzielle Teilnehmende, die in Opposition zum zionistischen Genozid und der aggressiven Außenpolitik des deutschen Imperialismus stehen, an der Einreise nach Deutschland gehindert. So der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis, der am Samstag eine Rede hätte halten sollen. Ihm zufolge sei ihm nicht nur die Einreise verboten, sondern ein „Verbot jeglicher politischer Betätigung“ ausgesprochen worden, das auch für On-

lineveranstaltungen greife. Ein völliges Novum in der Repression gegen die Antikriegs-Bewegung, die nicht nur im Bezug auf Palästina sondern allgemein die Interessen der deutschen Bourgeoisie verdeutlicht, jede Opposition zu ihrem Chauvinismus zu unterdrücken.

Trotz des Versuches den Kongress schon im Vorherein aufzuhalten, wurde er am Freitag gestartet, doch nur zwei Stunden nach Beginn wurde er aufgelöst und auch für die folgenden beiden Tage verboten. Der Vorwand: Es bestehe die Gefahr, dass antisemitische beziehungsweise gewaltverherrlichende Redner zugeschaltet würden. Auch die darauf folgenden Proteste, bei denen ca. 9.000 Menschen teilnahmen, sahen sich einem massiven Polizeiaufgebot ausgesetzt. So kam es zu mehreren Festnahmen.

Wir von Offensiv sind Antizionisten, haben von der ersten Stunde an das Massaker in Gaza verurteilt und uns für den praktischen Aufbau der Bewegung auf der Straße eingesetzt. Wir sind überzeugt, dass ein Frieden im Nahen Osten nur von unten, durch die Arbeiterklasse und Jugend in den Betrieben und auf der Straße erkämpft werden kann. Wir werden uns jeder Repression gegen diese Bewegung entgegenstellen!

Chemie-Tarifrunde 2024: Keine „Krisen-Tarifrunde“ akzeptieren! IGBCE kämpferisch in die Offensive!



Fyn Hansow

Nachdem die Forderungsempfehlung der Gewerkschaft IGBCE für die Tarifrunde Chemie angenommen wurde, die bundesweit die 585.000 Kolleginnen und Kollegen der chemischen und pharmazeutischen Chemie betrifft, ist die Tarifrunde mit regionalen Verhandlungen, zunächst in Rheinland-Pfalz, gestartet. Die Forderungen umfassen eine Entgelterhöhung von 6-7% und eine Modernisierung des Bundesentgelttarifvertrags, vor allem was die Aufstiegschancen zwischen den Tarifgruppen betrifft.

In einer Zeit der tiefen kapitalistischen Krise, die wir alle in den letzten Jahren in der eigenen Tasche zu spüren bekommen haben, sind das bereits sehr niedrige Forderungen, von denen die Gewerkschaftsführung betont,

Forderungen mit „Maß und Mitte“ zu sein, die Rücksicht auf die „schlechte wirtschaftliche Lage“ der Arbeitgeber nehmen.

Dabei brauchen wir kein Maß und Mitte, wir brauchen deutliche Verbesserungen! Die historische Inflation der letzten Jahre hat in allen Bereichen zu deutlichen Reallohnverlusten geführt, und auch wenn diese inzwischen auf einem niedrigeren Niveau liegt, gilt das nicht für die horrenden Preissteigerungen der wichtigsten Grundgüter: Im Jahr 2023 insgesamt 5,9 %, bei Nahrungsmitteln 12,4 %, bei Strom und Gas 14 % – und das zusätzlich zu den Steigerungen des Vorjahres! Kein Wunder also, dass laut einer IGBCE-Umfrage drei von vier Kollegen der Branche Einsparungen und Kürzungen in ihren Haushaltsausgaben vornehmen mussten.

„Krisentarifvertrag“ bedeutet Nullrunde!

Doch sogar diese, in voreilemdem Gehorsam niedrig angesetzten Forderungen, sind anscheinend noch zu viel für die Arbeitgeber. Die ersten regionalen Verhandlungen in Rheinland-Pfalz sind nach nur wenigen Stunden geplatzt und sollen im Mai auf Bundesebene fortgesetzt werden. Sie greifen die „unrealistisch hohen“ Forderungen an und fordern einen „krisengerechten Tarifabschluss“ – „krisengerecht“ für die Profite der Konzerne und Bosse, Nullrunde für die Beschäftigten!

Sie lamentieren über die schlechte Lage der Industrie und nutzen das Argument der Krise, um de facto Lohnkürzungen zu erreichen. Eine Frechheit! Denn wie sieht die Lage wirklich aus?

Krise und Krisengewinnler

Zwar trifft die kapitalistische Krise und die allgemein schwierige Lage des deutschen Kapitals und Imperialismus natürlich auch die chemische Produktion, die neben Autoherstellung und Maschinenbau der wichtigste Sektor der deutschen Wirtschaft ist. 2023 ist die Produktion um 8 % eingebrochen, der Umsatz der Branche um 12 % zurückgegangen.

Doch währenddessen sind es ganze Bereiche, die von der Krise kaum oder gar nicht betroffen sind und sogar davon profitieren, wie die Kosmetik-, Pharma- und Konsumgüterindustrie.

Und was die Großen der Branche betrifft, so plant BASF beispielsweise trotz Deinvestitionen und „roter Zahlen“ Ende April eine lukrative Dividende von 3,40 an Aktionäre und Investoren auszuschütten, und investiert unbeeinträchtigt 10 Milliarden in ein Großprojekt im chinesischen Zhanjiang.

Um ein weiteres Beispiel zu nennen: Auch die Dividende von Aurubis, einem der größten Kupferproduzenten weltweit, erreichte im „Krisenjahr“ 2022 einen Höchststand von 1,80 Euro pro Aktie. 2023 zwar „nur“ noch 1,40, aber immer noch eine Erhöhung von 40% im Vergleich zu 2014! Und in den Geschäftsberichten gibt Aurubis selber zu, 2021/22 einen HISTORISCHEN Höchststand bei den Unternehmensgewinnen eingefahren zu haben und bemerkt auch mit Ausblick

auf 2023, dass „gestiegene Preise und hohe Nachfrage die gestiegenen Energiekosten ‚überkompensieren‘.“ Für das erste Quartal dieses Jahres fahren sie ein „starkes“ Ergebnis ein, „getrieben durch höhere Schmelz- und Raffinerielöhne, die Kathodenprämie sowie gute Nachfrage nach Gießwalzdraht.“

Und wir sollen die Gürtel enger schnallen? Es ist nicht das erste Mal, das die Arbeitgeberseite versucht, mit dem Argument der Krise und dem Schüren von Angst um Arbeitsplätze unter den Kollegen, die Gewerkschaften hinter ihren Karren zu spannen. Erst im August letzten Jahres haben die Arbeitgeberverbände der Industrie eine „Allianz pro Brückenstrompreis“ mit IGBCE und IG Metall gegründet und Lobbyarbeit für einen „wettbewerbsfähigen“ Industriestrompreis in Form von indirekten staatlichen Subventionen an eben solche Unternehmen betrieben, während gleichzeitig die Profite von privaten Stromerzeugern sprudelten und die Beschäftigten mit Einmalzahlungen abgespeist wurden und ihren Reallöhnen beim schrumpfen zu sehen konnten.

Forderungen voll durchsetzen: IGBCE in die Offensive!

Dabei reicht es nicht, nur die mageren Forderungen gegenüber den kommenden Angriffen der Arbeitgeberseite zu verteidigen. Die volle Durchsetzung der Forderungen, die nun aufge-

stellt wurden, und ein Abschluss der nicht mehr als ein Jahr betragen darf sind das mindeste, was mit der Kampfkraft in der Chemieindustrie gewonnen werden kann und muss.

Aber das kann nur ein erster Schritt sein, um im Ausbau der Kampfkraft und den Forderungen weiterzugehen. Eine solche Kampagne sollte aber nicht bei der Frage nach Lohnerhöhung stehen bleiben. Die jüngsten Beispiele der Tarifrunden der ver.di und der GDL haben bewiesen, dass es höchste Zeit ist, die Frage nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich mit aufzunehmen. Ein derartiger kämpferischer Forderungskatalog würde echte und spürbare Verbesserungen für die Beschäftigten bedeuten und die Kollegen mobilisieren, anstatt Pessimismus und schlechter werdende Organisationsgrade zu verbreiten, wie es die Tarifkommissare – wenig überraschend – bemängeln.

Dazu würde aber natürlich auch gehören, die Frage nach Arbeitsk Kampfmaßnahmen ganz offen aufzuwerfen. Mit mächtigen Vollstreiks könnten wir den Arbeitgebern die Idee eines „Krisentarifvertrages“ schnell austreiben. Die IGBCE hat im Dezember berechtigterweise ein Schlichtungsabkommen von 1982 gekündigt, das Urabstimmungen über Streiks erst nach einer Schlichtung erlaubt. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung und zeigt, wie viel Druck von den Kollegen an der Basis ausgeht, nachhaltige Verbesserungen zu erkämpfen.

Dass drei bundesweite Verhandlungsrunden angesetzt sind, bevor diese Kündigung greift, und auch die bisherige Friedenspflicht zu Ende Juni ausläuft, ist jedoch eine echte Gefahr. Wir dürfen uns nicht mit noch weniger abspesen lassen, als ohnehin schon gefordert ist! Es ist nicht davon auszugehen, dass die Arbeitgeber in den ersten drei Verhandlungen substantielle Verbesserungen anbieten werden – die Gewerkschaftsführer sollten sie platzen lassen, und starke Arbeitsk Kampfmaßnahmen wie Warnstreiks und Erzwingungsstreiks ab Juli vorbereiten. Das ist der einzige Weg, um echte Verbesserungen durchzusetzen und die Kampfkraft zu steigern. Der Wille in den Betrieben ist zweifellos da.



Tarifabschluss der GDL: Teilerfolg im Kampf um Arbeitszeitver- kürzung, schwacher Abschluss vonsei- ten der Bürokratie

Jarla Sgries

Der Teilerfolg im Tarifkampf der GDL für Arbeitszeitverkürzung zeigt, dass Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust mit einem entschlossenen Kampf erringbar ist.

Gemäß dem Abschluss, der zwischen den Spitzen der GDL und der DB in Geheimverhandlungen getroffen wurde, kann die Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn bis 2029 schrittweise um 3 Stunden, auf 36 Stunden abgesenkt werden.

Doch was Weselsky als „ein Erfolg – fast auf ganzer Linie“ nach dem kämpferischen monatelangen Streik darstellt, beweist nur die Kampfkraft der Kollegen, und ist trotz der Bereitschaft der Gewerkschaftsführung zustande gekommen, die sich am Ende wieder dem sozialen Frieden verschrieb.

So kommt die Reduzierung stufenweise bis 2029 und die erste Reduzierung um eine Stunde findet erst 2027 statt – also nach Ende eines Teils des Tarifvertrages. Nach dieser Reduzierung müssen sich die Beschäftigten für die weitere Verringerung der Stunden selbst beim Arbeitgeber melden. Die Krux an der Sache ist, dass dann aber auch jede Stunde Mehrarbeit mit 2,7 Prozent des Bruttolohns vergütet wird, und die Wahl einer 40-Stunden-Woche ermöglicht wird, was allgemein die Regelungen zur Arbeitszeit im Eisenbahnergewerbe weiter dereguliert und zersplittert. Noch dazu findet dann, zumindest bei einem Teil der Belegschaft, eine Ausweitung des Arbeitstags statt. Dazu kommt, dass das bei einem Unternehmen wie der Deutschen Bahn, wo der Personalmangel chronisch ist, zu extremem Druck durch die Vorgesetzten führen wird, die Stunden nicht zu reduzieren.



Das spielt besonders deshalb eine Rolle, weil der Abschluss statt einer Erhöhung des Lohnes von 555€ nur eine Erhöhung von 420€ in zwei Schritten enthält, mit der ersten Auszahlung von 210 € im August 2024 und 210€ zum April 2025. Dazu kommt die Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie von 2.850 €, die sich aber, wie bereits in vergangenen Tarifrunden festgestellt wurde, überhaupt nicht langfristig auf die Lohntabelle auswirkt.

Methoden der Gewerkschaftsführung schränken Kampfkraft ein

Es wäre ohne Frage viel mehr möglich gewesen mit einer Belegschaft, die sich Mitte Dezember zu 97 % für einen unbefristeten Vollstreik ausgesprochen hatte. Statt einem Flickenteppich wäre auch eine Eskalation und Ausweitung des Streiks, und eine Ablehnung weiterer Deregulierung der Arbeitszeit möglich gewesen!

Das wurde durch die bürokratischen Methoden der Gewerkschaftsführung verhindert: Die Verhandlungen mit der Bahn fanden ohne Einbezug der Gewerkschaftsmitglieder und Streikleitung statt, was weit hinter den Methoden zurückfällt, die beispielsweise in der Krankenhausbewegung angewandt wurden – direkte demokratische Rückkopplung zwischen Tarifkommissionen und Gremien aus gewählten Vertretern der Streikenden. Auch wurde für den nächsten Tarifvertrag versucht, der kämpferischen Stimmung der Belegschaften einen Schlusstrich zu setzen, indem die Führung der GDL sich mit der DB auf eine zweimonatige Friedenspflicht geeinigt hat, nachdem der Tarifvertrag Ende 2025 ausläuft.

Alle GDL-Mitglieder sollten in der Urabstimmung bis zum 24. April mit Nein stimmen. Nur wenn wir uns vernetzen, organisieren und weiterkämpfen kann der Kampf um echte, umfassende Verbesserungen am Arbeitsplatz möglich sein!



Allerdings mussten auch Abstriche gemacht werden, nämlich die Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Die letzten Abschlüsse der IG Metall und der Abschluss der GDL Ende März gehen in die gleiche Richtung.

Flexibilisierung der Arbeitszeit

Obwohl die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung ein großer Fortschritt ist, sind Abschlüsse, die die Flexibilisierung der Arbeitszeit enthalten, eine große Gefahr. Denn obwohl heute offiziell die 40-Stunden-Woche gilt, arbeiten Vollzeitbeschäftigte in Deutschland durchschnittlich 40,5 Stunden die Woche.

Der Anteil der Beschäftigten, die „überlange Arbeitszeit“, also im Schnitt mehr als 48 Stunden die Woche ableisten, liegt bei 8,3 Prozent – also bei knapp jedem zwölften. Das ist also der „kapitalistische Fortschritt“, von dem sie immer reden – die Profite sprudeln, die Technologisierung der Arbeitswelt schreitet voran, aber bei der Arbeitszeit haben sich keine nennenswerten Verbesserungen ergeben.

Eine andere, sozialistische Welt ist möglich!

Dass das so ist liegt einzig und allein an den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise.

Im Kapitalismus ist Arbeitslosigkeit nötig, um den Lohndruck auf die arbei-

tende Bevölkerung zu erhöhen und die Löhne zu senken. Vollbeschäftigung ist höchst unprofitabel, und unter kapitalistischen Bedingungen nicht zu erkämpfen. Notwendig dafür ist der Kampf für Arbeitszeitverkürzung, verbunden mit dem Kampf für eine kommunistische Gesellschaft.

Denn wie Marx schon sagte, ist „die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages eine Vorbedingung [...], ohne welche alle weiteren sozialen Verbesserungen unmöglich sind.“ (MEW, Bd. 16, S. 317)

Die Produktivkräfte sind heute so weit entwickelt, dass es immer wieder zu kapitalistischen Überproduktionskrisen kommt, und die notwendige Arbeit – also die Arbeitszeit, die laut Marx nötig ist, um die Arbeitskraft selbst durch die Produktion von Lebensmittel usw. zu erhalten – nur noch einen kleinen Teil des Tages einnimmt.

Deshalb stellt sich die große Frage zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen heute nicht primär auf dem Gebiet der Produktivkraftentwicklung, sondern der Verteilung und des Widerspruchs von Kapitalismus und Sozialismus. Karl Marx schrieb schon 1863:

„Wenn alle arbeiten müssen, der Gegensatz von Überarbeiteten und Müßiggängern wegfällt – und dies wäre jedenfalls die Konsequenz davon, dass das Kapital aufhörte zu existieren [...] – und außerdem die Entwicklung der Produktivkräfte, wie das Kapital sie hervorgebracht hat, in Betracht gezogen wird, so wird die Gesellschaft [den nötigen Überfluss] in 6 Stunden produzieren, mehr als jetzt in 12, und zugleich werden alle 6 Stunden [Freizeit], den wahren Reichtum haben; Zeit, die nicht durch unmittelbar produktive Arbeit absorbiert wird, sondern zum [Genuss], zur Muße, so dass sie zur freien Tätigkeit und Entwicklung Raum gibt.“ (MEW, Bd. 26.3, S. 252)

Vor über 160 Jahren wäre es also schon möglich gewesen, den Arbeitstag auf sechs Stunden zu begrenzen und seitdem hat der wirtschaftliche Fortschritt nicht angehalten. Wenn wir uns die neuen Entwicklungen wie die Automatisierung ganzer Produktionsprozesse, Robotik und künstliche Intelligenz ansehen, zeigt sich immer stärker, dass Überarbeitung nicht mehr notwendig ist.

Wenn sich jedoch eine Klasse bereichert – die Fabrikbesitzer, Anlagehalter, Investoren... – und andere für sie schuften lässt, ist eine Begrenzung der Arbeitszeit nur in einem gewissen Spielraum möglich. Hinzu kommen dann noch die Menschen, die gerne arbeiten würden, aber keinen Job finden. Dass es möglich ist, schon heute die Wochenarbeitszeit sogar auf unter 30 Stunden zu reduzieren, lässt sich durch eine einfache Rechnung darstellen. Im Jahr 2019 gab es in Deutschland 45.824.857 Personen zwischen 18 und 60 Jahren. Gleichzeitig wurden insgesamt 62,6 Mrd. Stunden gearbeitet. Wenn jede Person etwas dazu beigetragen hätte, abzüglich 4 Wochen Urlaub wären das 28,5 Stunden pro Person und Woche. Und es ist noch mehr möglich: Wenn wirklich der gesamte technologische Fortschritt genutzt und die Produktion wirklich den Bedürfnissen der Menschen unterworfen wird – sinnlose Produkte wie Werbung oder allgemein geplante Obsoleszenz könnten abgeschafft werden – kann die Arbeit noch weiter reduziert werden.

Aber um das zu erreichen müssen die Betriebe unter die Kontrolle und Verwaltung der einfachen und arbeitenden Bevölkerung gestellt werden und nach einem gesamtwirtschaftlichen Plan betrieben werden, der sich nach den Bedürfnissen richtet und nicht nach Profiten. Der Kapitalismus hält uns in Ketten. Erst wenn die kapitalistische Profitlogik durchbrochen ist, die Krieg, Krise, Leid und Elend erzeugt und wir eine Gesellschaft erkämpft haben, die sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet, in der keine parasitäre Klasse sich durch andere bereichert – eine kommunistische Gesellschaft –, ist es möglich die Arbeitszeit auf ihr notwendiges Minimum zu reduzieren. Dafür müssen wir kämpfen: Auf der Straße, im Betrieb und in der Schule, für Sozialismus und gegen Ausbeutung!

Abonniere die Offensiv!

Unterstütz' uns im Kampf für eine unabhängige Zeitschrift, eine kämpferische Arbeiterbewegung und den Sozialismus!

Abonniere die Offensiv!

Alternativ findest du den Link auf unserer Website.



Schließ dich den revolutionären Kommunisten an!

Mach mit bei Offensiv!



offensiv_marxisten



0152 23017899



mail@offensiv.net



Offensiv - Marxistische Organisation

www.offensiv.net



Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für umfassende soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Armut, Ausbeutung und Krieg. All das können wir nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft erreichen.

Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei „demokratisch“, weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirklichkeit nicht. Nur wenige Kapitalisten haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert und verteilt wird und häufen die Profite an.

Ein Ende unserer sozialen und gesellschaftlichen Probleme ist nur erreichbar durch die Abschaffung des Kapitalismus, die Enteignung und Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum und eine demokratisch geplante Wirtschaft. Eine Gesellschaft, basierend auf einem System von Räten und Versammlungen in den Betrieben, Schulen und Nachbarschaften.

Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeiterdemokratie gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossinnen und Genossen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

Soziale Verbesserungen für Alle! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

Gute Arbeit. Mindestlohn von 16€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

Volle demokratische Rechte. Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Frauen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagraphen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

Jugend. Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.200€ netto und garantierte Übernahme. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

Ökologie. Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Eine Klasse – ein Kampf: Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohnrückerei: Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Alle!

Gewerkschaften. Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionäre: ständige Wahl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisation und Streik. Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

Geplant und demokratisch wirtschaften! Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Organisationen. Demokratische Planung der Produktion der Schlüsselindustrien, vollständige Kontrolle des Finanzwesens, und aller Fragen des Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Transportsystems. Für die gesellschaftlich sinnvolle Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und den nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse.

Für die internationale, sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab!

1. Mai: Damals & Heute

Jarla Sgries

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit hält bereits seit über einem Jahrhundert an. Am 1. Mai 1886 begann in Chicago, als Teil eines Massenkampfes, der hunderttausende US-amerikanische Arbeiter umfasste, ein Streik von 90.000 Arbeitern um für den Achtstundentag zu kämpfen. Im Zuge der Ereignisse, die heute als *Haymarket Riot* bekannt sind, setzten sie sich gegen Streikbrecher und die Übergriffe der Polizei zur Wehr.

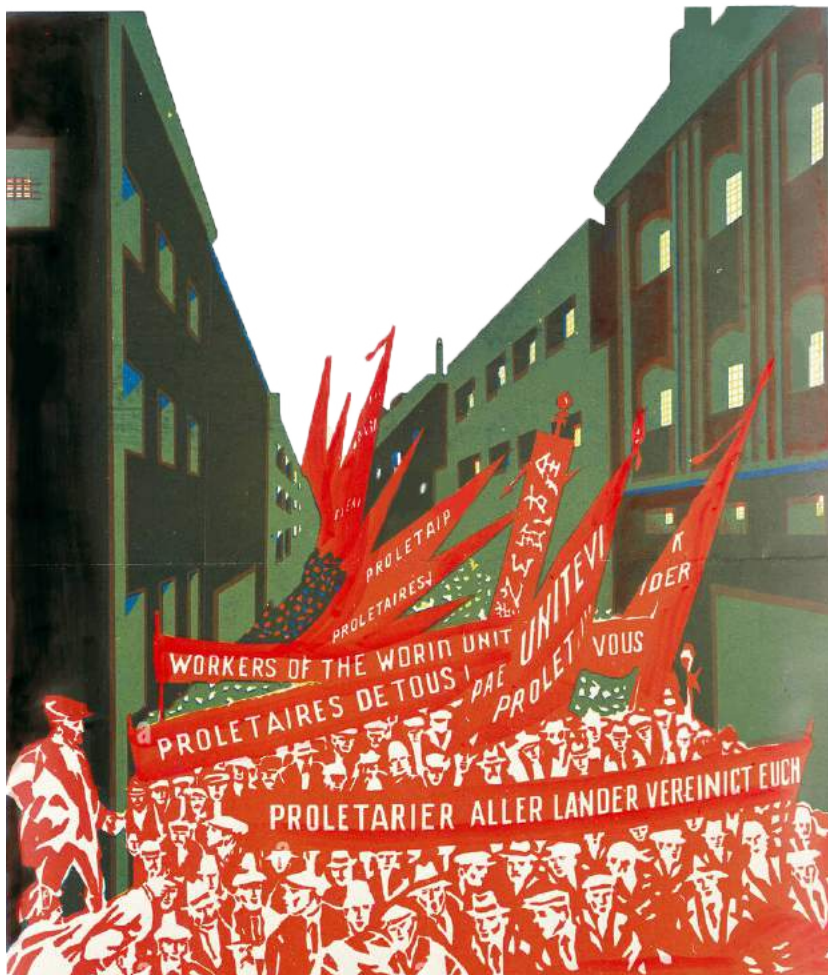
Der 1. Mai wurde zu einem Kampftag der Arbeiterklasse. So auch bei den ersten 1. Mai-Protesten in Deutschland im Jahr 1890, die nicht nur als Erinnerung stattfanden, sondern mit denen auch der Kampf für einen Achtstundentag in Deutschland begann, mit allein 20.000 Streikenden in Hamburg und über 100.000 in ganz Deutschland, wobei die Arbeitgeber mit massiven Ausschlüssen reagierten.

Das gleiche Spiel bei den Streiks der Metallarbeiter für Arbeitszeitverkürzung im Jahr 1986, wo auch mit massiven Ausschlüssen geantwortet wurde und mit der einzigen richtigen Antwort – dem Eintreten von noch

mehr Kollegen in den Streik – den Arbeitgebern gezeigt wurde, welche enorme Kampfkraft die Arbeiterklasse besitzt. Genau wie damals müssen wir gemeinsam auf die Straße, nicht nur am 1. Mai, und wie unsere Kollegen von damals in Chicago oder in der Metallindustrie für Verbesserungen kämpfen und uns gegen Angriffe auf unsere Rechte wehren.

ben Wochen dauerte und ungefähr 57.000 Beschäftigte umfasste, konnten sie die Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden bei vollem Lohnausgleich erkämpfen. Das erste Mal war die 40-Stunden-Mauer durchbrochen und im Jahr 1995 konnte dann die ersehnte 35-Stunden-Woche erkämpft werden.

Weiter auf Seite 14



Über 100 Jahre Kampf für Arbeitszeitverkürzung

Schließ' dich den revolutionären Kommunisten an!

